

BD / Motion GRÜ-Fraktion vom 3. Juni 2008

Standesinitiative betreffend Einführung eines Pfands auf alle Konsumgebinde für Getränke

Antrag der Regierung vom 19. August 2008

Nichteintreten.

Begründung:

Die Motionäre sind der Meinung, ein Pfand auf Getränkeverpackungen sei die wirksamste Strategie zur Eindämmung des so genannten Litterings. Diese Einschätzung wird von der Regierung nicht geteilt. Nach einer Studie der Universität Basel über das Littering beträgt der Anteil der Getränkeverpackungen aus Alu, Glas und PET am gesamten Littering lediglich 13 Prozent. Ein solches Pfand hätte erhebliche Mehrkosten und Zusatzaufwand für den Handel und die Konsumenten zur Folge. Zudem würde ein solches Pfand die bewährten und weitgehend optimierten Sammelsysteme, die von den Konsumenten intensiv genutzt werden, gefährden.

Im Oktober 2007 hat der Ständerat auf Antrag des Bundesrates die Motion «Schluss mit Littering» (07.3342), in der ebenfalls ein Pfand auf Getränkeverpackungen gefordert wurde, deutlich abgelehnt. Der Bundesrat vertrat dabei die Haltung, die Lösung des Litteringproblems sei in erster Linie eine Aufgabe der Kantone und der Gemeinden. Die Einführung eines Pfandes würde einen grossen Regelungs- und Kontrollapparat bedingen. Auch sei davon auszugehen, dass die Wegwerfmentalität allein mit der Einführung eines Pfandes nicht wesentlich verändert werde.

Zur Zeit noch hängig ist die Parlamentarische Initiative «Massnahmen gegen Littering» (07.449). Darin wird unter anderem die Einführung eines obligatorischen Pfandes für jene festen Trinkbehältnisse verlangt, die regelmässig Littering verursachen. Die Initiative ist im Januar 2008 in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) behandelt und mit 16:8 Stimmen abgelehnt worden. Die UREK-N beantragt, der Initiative keine Folge zu geben.

Unter diesen Voraussetzungen erachtet es die Regierung nicht als sinnvoll, eine Standesinitiative einzureichen.